Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 18. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 06.02.2023

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

10. Bekanntgabe von elektronischen Vergabeverfahren
- Einwohneranregung nach § 21 KrO - DS-Nr.: 5894 -

Mitglied Kaltefleiter (CDU-Fraktion) berichtete von seinen persönlichen Erfahrungen mit den elektronischen Vergabeplattformen. Aufgrund der Vielzahl an Plattformen sei es für Unternehmen schwierig, gezielt relevante Ausschreibungen zu finden. Es gebe wiederum eine Plattform, die die auf den unterschiedlichen Plattformen veröffentlichten Ausschreibungen koordiniere und durch die Möglichkeit zu filtern, die Suche vereinfache; die Nutzung koste allerdings jährlich 1.000 €. Er könne die Anregung des Bürgers daher vollkommen nachvollziehen und begrüße eine Abfrage bei den Unternehmern, um bestehende Schwierigkeiten in Erfahrung zu bringen. Auch dürfte es ohne weiteres möglich sein, eine solche Abfrage durchzuführen, zumal die Adressen der Unternehmen bereits vorlägen. Er könne dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen und beantrage – entsprechend des Vorschlages des Bürgers – die Durchführung einer Abfrage durch die pro Wirtschaft GT GmbH (prowi).

Die SPD-Fraktion führte aus, dass sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Man sei mit den digitalen Vergabemöglichkeiten sehr weit gekommen und mit Ausnahme einer Kommune nutzten im Kreis alle das gleiche System. Sie denke, dass die meisten Unternehmen gut mit dem System zurechtkämen und man sich ansonsten an die Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern wenden könne.

Die AfD-Fraktion teilte mit, dass sie die Argumentation von Mitglied Kaltefleiter überzeugt habe. Sie werde sich gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung aussprechen.

Frau Weber, Geschäftsführerin der prowi, äußerte, dass auch sie durchaus das Anliegen des Bürgers teilen könne. Sie frage sich allerdings, welchen Mehrwert eine Abfrage habe, wenn man unabhängig von den Ergebnissen der Umfrage letztlich das Verfahren nicht ändern könne; man wolle keine falsche Erwartungshaltung wecken. Hinsichtlich einer Standardisierung des Verfahrens sei man im Kreis bereits sehr weit gekommen. 12 von 13 Kommunen nutzten das gleiche digitale Tool und sicherlich habe die Stadt Rheda-Wiedenbrück ihre Gründe, mit einem anderen Tool zu arbeiten. Die Ausschreibungen würden in einer übersichtlichen Liste aufgeführt. Sie denke, dass das Tool das richtige sei und könne dieses auch nicht einfach neu organisieren. Berechtigt sei sicherlich die Frage, ob die Unternehmen diese Liste fänden und aus ihrer Sicht gebe es diesbezüglich noch Verbesserungsbedarf. Sie werde die Anregung zum Anlass nehmen, beim Wirtschaftsförderertreffen auf Kreisebene zu besprechen, wie die Kommunen dafür sorgen könnten, auf ihren Webseiten deutliche Links auf das Vergabetool zu setzen.

Mitglied Kaltefleiter (CDU-Fraktion) stellte heraus, dass es nicht um das Verfahren an sich gehe und dieses bereits seit mehreren Jahren ausschließlich elektronisch erfolge. Das Problem sei, dass man als

Unternehmen auf der Internetseite des Kreises nicht erfahre, welche Ausschreibungen für Aufträge im Kreis beispielsweise Straßen.NRW oder der Bundesliegenschaftsbetrieb veröffentlichten. Bei den Unternehmen sollte abgefragt werden, ob hier eine Schwierigkeit gesehen werde. Gegebenenfalls könne man zu Ausschreibungen anderer Stellen verlinken.

Die Verwaltung erklärte, nachvollziehen zu können, dass man gern das große Ganze hätte. Als kleine Verbesserung habe sie nunmehr auf der Internetseite des Kreises auch die Übersicht von der eVergabe der kreisangehörigen Kommunen verlinkt. Mit der Stadt Rheda-Wiedenbrück befinde man sich hinsichtlich einer Verlinkung noch in Abstimmung, da diese ein anderes Tool nutze. Die Verlinkung anderer Plattformen sei nicht wirklich realisierbar, da regelmäßig geprüft werden müsste, ob sich ein Link oder eine Vergabeplattform geändert habe. Bei einem Treffen der Submissionsstellen wolle sie die Angelegenheit nochmals thematisieren und schauen, wie man eine transparentere Gestaltung erreichen könne. Sie könne nur dort etwas ändern, wo sie Herr des Geschehens sei.

Die CDU-Fraktion meinte, dass es das ureigene Interesse der Verwaltung sei, von den Unternehmen Angebote auf Ausschreibungen zu erhalten. Letztere verzichteten auf die Aufträge, wenn sie sich erst irgendwo aufwendig durcharbeiten müssten. Zudem schafften es auch kommerzielle Anbieter, die Ausschreibungen zu bündeln. Dies könne auch eine Anforderung an die Verwaltung sein, denn dadurch erhöhe sich die Chance, dass sich Handwerksbetriebe wieder an den Ausschreibungen beteiligten. Daher sollte an die Verwaltung oder prowi der Arbeitsauftrag gehen, sich mit der Anregung des Bürgers auseinanderzusetzen und Lösungen für einen Bürokratieabbau zu finden.

Der Landrat wies darauf hin, dass man sowohl bei dem Treffen der Wirtschaftsförderer als auch der Submissionsstellen die Angelegenheit besprechen und nach Lösungen schauen wolle.

Frau Weber äußerte, dass der Kreis und die Kommunen ihre Hausaufgabe weitestgehend gemacht hätten. Ein wenig Handlungsbedarf sehe sie noch bei der Kommunikation der Auffindbarkeit, welches sie nunmehr nochmals aufarbeiten wolle. Gewünscht werde jedoch, dass die Unternehmen leichter Aufträge für im Kreis durchzuführende Maßnahmen anderer Auftraggeber fänden. Wie bereits erläutert, habe man diesbezüglich wenig Handhabe, denn man könne anderen Aufträge vergebenden Körperschaften nicht vorschreiben, mit welchem Tool und wo man Aufträge ausschreibe.

Mitglied Kaltefleiter (CDU-Fraktion) meinte, dass es machbar sein müsste, auch auf Aufträge anderer Auftraggeber hinzuweisen. Die Unternehmen in diesem Punkt zu unterstützen, sei auch Wirtschaftsförderung.

Die GRÜNE-Fraktion brachte ein, dass das Unwohlsein wohl darin bestehe, der Einwohneranregung nicht zu folgen. In der Vorlage werde von der Verwaltung ein Weg aufgezeigt, weshalb sie vorschlage, den letzten Absatz auf der Seite 2 der DS-Nr. 5894 dem Beschlussvorschlag anzufügen. Damit zeige man auch dem Bürger, dass man sich um die Angelegenheit kümmere.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass nur noch E-Vergaben erlaubt seien und das Verfahren in der Praxis gut funktioniere. Sie halte es nicht für möglich, eine gemeinsame Seite mit allen anderen Behörden anzubieten. Zudem frage sie sich, ob dies überhaupt rechtlich zulässig wäre.

Der Landrat begrüßte den Vorschlag der GRÜNE-Fraktion und brachte ein, dass auch noch die Submissionsstellen aufgenommen werden könnten.

Mitglied Dr. Disselkamp (CDU-Fraktion) ließ wissen, dass sie nicht einschätzen könne, inwiefern eine Notwendigkeit bestehe und ob eine Umsetzung machbar wäre. Ihres Erachtens müsse man sich erst nochmal gründlich mit der Angelegenheit befassen, bevor man darüber abstimmen.

Die Verwaltung verdeutlichte, dass man sich umfassend mit der Anregung befasst und die Handlungsmöglichkeiten dargestellt habe. Des Weiteren habe sie geschildert, dass man die Zugänglichkeit verbessern wolle; eine Diskussion solle in den einschlägigen Gremien erfolgen. Darüber hinaus habe sie versucht zu erläutern, dass sie es kaum für umsetzbar halte, andere Auftraggeber dazu zu überreden, es zu ermöglichen, sie auf der Seite des Kreises zu verlinken.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass der Antrag des Petenten erst einmal nur vorsehe, dass die Unternehmen befragt werden. Aus den Ausführungen der Verwaltung gehe hervor, dass bereits klar sei, was die Unternehmen antworten würden. Sie gehe nicht davon aus, dass die Verwaltung schon alle Problemlagen

kenne. Eine Umfrage könne durchaus nochmal hilfreiche Erkenntnisse und Anregungen bringen. Dass der Kreis keine bundesweite Vergabeplattform aufsetze, sei den Unternehmen sicherlich bewusst.

Die FDP-Fraktion begrüßte den Vorschlag der GRÜNE-Fraktion. Zudem könne die prowi sich bei den Wirtschaftsförderern erkundigen, wie diese zu einer Befragung der Unternehmen stünden. Denkbar wäre auch, dass die lokalen Wirtschaftsförderer sich mal mit fünf bis sieben Unternehmen austauschten und das Feedback zusammenstellten.

Die SPD-Fraktion erklärte, ebenfalls den Vorschlag der GRÜNE-Fraktion mittragen zu können.

Die FWG-UWG-Fraktion meinte, dass man vor der Durchführung einer Umfrage überlegen müsse, ob das, was womöglich geantwortet werde, auch umsetzbar sei, da man ansonsten den Frust verstärke. Sie könne sich ebenfalls dem Vorschlag der GRÜNE-Fraktion anschließen.

Die CDU-Fraktion zeigte sich mit dem Vorschlag einverstanden und schlug vor, den Absatz noch dahingehend zu ergänzen, dass die Unternehmen in geeigneter Weise an der Diskussion zu beteiligen seien.

Sodann ließ der Landrat über den von der GRÜNE- sowie CDU-Fraktion ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreisausschuss fasste folgenden

Beschluss:

1. Der Einwohneranregung, eine Befragung der Industrieunternehmen und Handwerker im Kreis zur Optimierung der Veröffentlichung von Ausschreibungsverfahren durch die pro Wirtschaft GT durchführen zu lassen, wird nicht gefolgt.

2. Die pro Wirtschaft GT wird bei einem nächsten Treffen der Wirtschaftsförderungen auf Kreisebene das Thema des Zugangs zu Ausschreibungsverfahren der Kommunen auf die Tagesordnung setzen und darum bitten, dass eine Verlinkung auf das Vergabeportal gut auffindbar ist. Dies kann ggf. die Möglichkeit erhöhen, Angebote auch von Firmen, denen das Vergabeportal noch nicht bekannt ist, zu erhalten. Die Unternehmen sind in geeigneter Weise hieran zu beteiligen.

Ergebnis: Einstimmig